



Aktionsbündnis Urkantone

Für Freiheit und Grundrechte – Vernunft statt Ideologie

Rubiswilstr. 19, 6438 Ibach
info@ur-kantone.ch | www.ur-kantone.ch

Aktionsbündnis Urkantone Rubiswilstrasse 19 6438 Ibach

Bundesamt für Gesundheit BAG
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern
vernehmlassungIGV@bag.admin.ch

Ibach, am 23. Februar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit nehmen wir Stellung zur Vernehmlassung, welche die Änderungen der IGV betrifft.

Wir machen uns Sorgen über die geplante Annahme der neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) durch die Schweiz. Die IGV sind eine Gefahr für unsere Souveränität. Wir lehnen die verschärften IGV entschieden ab.

Das Epidemiegengesetz deckt bereits alle notwendigen Massnahmen zur Krisenbewältigung. Die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) sind nicht nur unnötig, sondern gefährden unsere direkte Demokratie. Auch wollen wir uns nicht mit unnötigen Steuern belasten.

Mit der Annahme der IGV wäre es für die Schweiz einfacher, mit der WHO den umstrittenen Pandemievertrag abzuschliessen. Mit dem WHO Vertrag würden wir der Pharmaindustrie Milliardengewinne garantieren und wir müssten kaum getestete Produkte annehmen. Die Annahme der IGV ist für die Schweiz brandgefährlich. Die WHO würde ermächtigt, Pandemien auszurufen und Massnahmen zu diktieren nach ihrem Gusto. Unser Parlament hätte dabei nichts zu sagen.

Die WHO vertritt vor allem wirtschaftliche Interessen und die Schweiz müsste Millionen investieren für internationale Programme.

Die Corona-Pandemie wurde durch manipulative Daten und Panikmache aufgeblasen. Das beweisen die „RKI-Leaks“. Die Corona-Massnahmen, diktiert von der WHO, welche unserem Land wirtschaftlich und gesellschaftlich stark schaden, dürfen nicht wiederholt werden. Genau solche Schäden würden wir mit der Annahme der IGV riskieren.

Aus diesen Gründen fordern wir ein Opting-Out von den IGV, Version 01.06.2024. Im Namen des Aktionsbündnis Urkantone fordern wir Sie dringend auf, die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften abzulehnen.

Ohne Ablehnung kann die WHO in Zukunft noch leichter einen Gesundheitsnotstand ausrufen. Damit wird die Schweizer Verfassung beschnitten. Die Souveränität der Schweiz und die Verantwortung für die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung muss in der Schweiz bleiben.

Josef Ender, Präsident